

Martin Gerth

Der grüne Betrug

Wie echter Klimaschutz zwischen Tagespolitik und Lobbyismus auf der Strecke bleibt

REDLINE | VERLAG

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
	Grundlagen	12
	Im Schatten der Finanzkrise	16
	Green New Deal	20
	Die Klima-Uhr tickt schneller	23
	Der Obama-Effekt – Chancen für ein globales Klimaabkommen	29
	Wachstum für alle – mit Augenmaß	33
	Kopenhagen und folgende – Agenda der künftigen Klimagipfel	37
2	Ideologien	41
	Komplexität – Nährboden für Ideologien	46
	Wie alles anfing – Konfliktfeld Kernkraft	50
	Liberalismus versus Staatseingriffe	53
	Zentralismus versus Föderalismus	58
	Wachstum versus Nachhaltigkeit	63
	Anpassung oder Strukturreform	68
3	Wirtschaftsinteressen	73
	Die nationale Karte – Regierungen im Klimawettbewerb	76
	Branchenroulette – Unternehmen im grünen Clinch	85
	Subventionsjäger	90
	Studienfabriken	104
4	Politische Konflikte	109
	Generationengerechtigkeit	111
	Lieber ernten als säen	115
	Kurz wählen und lang handeln – demokratische Widersprüche	119
	Mikado – die Kunst des taktischen Fortschritts	121

	Kohlenstoffgerechtigkeit	123
	Die sieben Leben der Dogmen	127
	Kuhhandel	129
	Lähmender Konsens	131
	Die Macht der Lobbyisten	132
5	Meinungsmache	135
	Green Wash	137
	Lobbyismus 2.0	146
	Medienschlacht	148
	Parteien	151
	Unternehmen	153
	Nichtregierungsorganisationen	154
	Plattformen	157
6	Folgen für die Klimapolitik	161
	Fehlanreize	163
	Desinformation	170
	Zeitverlust	174
	Folgeschäden	176
	Imageverlust	180
7	Pragmatische Lösungen	183
	Beseitigung klimaschädlicher Subventionen	185
	Sparen, Sparen, Sparen	189
	Flexibel und fordernd fördern	198
	Energiemix der Zukunft	199
	Konzepte an der Basis	208
	Globalisierung des Klimaschutzes	217
8	Ausblick	221
	Stichwortverzeichnis	225

1 Einleitung

Sie haben heute schon etwas für den Klimaschutz getan – vielleicht ohne es wissen. Mit jedem Kilowatt, das Sie verbrauchen, fördern Sie über den Strompreis den Ausbau der erneuerbaren Energien. Vielleicht gehören Sie auch zu den Millionen von Autobesitzern, die 2009 für ihren alten Wagen eine Abwrackprämie kassiert haben und jetzt hoffentlich einen sparsameren und umweltfreundlicheren neuen Pkw fahren. Als Hausbesitzer haben Sie sicher schon mit dem Energiepass Bekanntschaft gemacht oder einen zinsgünstigen Förderkredit für Ihre neue Heizung genutzt.

Unabhängig davon, in welchem Lebensbereich wir uns befinden, der Klimaschutz ist fast immer schon da. Ob es uns nun gefällt oder nicht. Doch sollte es uns nicht egal sein, welche Mittel wohin fließen und was das Klima davon hat. Wir sehen das grüne Etikett, wir hören die frohe Botschaft vom Klimaschutz, aber was genau dahintersteckt, bleibt allzu oft nebulös. Schließlich haben wir brav jahrelang unseren Müll getrennt, um dann zu erfahren, dass es eigentlich viel effizienter wäre, alles wieder in eine Tonne zu schütten und zentral sortieren zu lassen. Der Grüne Punkt ist wirtschaftlich und ökologisch gesehen ein Reinfall.

Niemand kann einem daher die Zweifel an Klimaschutzmaßnahmen verdenken. Schließlich geht es um unsere Steuergelder. Sicher, Klimaschutz ist eine gute Sache, aber woher wissen wir, dass die Politiker, die Manager, die Wissenschaftler den richtigen Weg gehen? Wer sagt uns, dass nicht andere Interessen als das Weltklima im Spiel sind, dass wir einem grünen Betrug aufgesessen sind? Es wäre nicht das erste Mal, dass im Dienste einer guten Sache Unsinniges beschlossen wird.

Als mündige Bürger sollten wir genau hinschauen, nachfragen, wenn uns etwas von dem, was uns die Klimaschützer verkünden,

nicht schlüssig erscheint. Aber um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Mir geht es nicht darum, den Klimawandel infrage zu stellen. Die Erderwärmung an sich ist ein Fakt, egal an welcher Stelle auf dem Wahlzettel der Einzelne sein Kreuz macht. Den Begriff »Klimaskeptiker« halte ich ohnehin für unsinnig. Ist das jemand, der daran zweifelt, dass es überhaupt ein Klima gibt? Diese Bezeichnung ist genauso schräg wie das Modewort »Globalisierungsgegner«. Die Globalisierung ist da, ob wir nun wollen oder nicht, und sie wird auch nicht wieder verschwinden, weder morgen noch in 30 Jahren. Es gibt also gar keine Wahl zwischen Globalisierung oder Nicht-Globalisierung – und genauso können wir uns auch nicht zwischen Klimawandel oder Klimastillstand entscheiden.

Diese Worthülsen kaschieren meist nur ideologische Positionen. Wer sich öffentlich gegen die Globalisierung bekennt, meint eigentlich die Macht der internationalen Großkonzerne und die Ausbeutung der Dritten Welt. Globalisierung als Zustand kann nicht schlecht sein, nur das, was die Teilnehmer am Welthandel und an der internationalen Arbeitsteilung daraus machen, kann negative Folgen haben.

Das Thema Klimawandel ist auch kein alleiniges Eigentum der ökologischen Linken. Es gibt keine unterschiedlichen Thermometer, die – je nach politischer Couleur – Werte im gefährlichen roten oder im ungefährlichen grünen Bereich anzeigen. Es wäre allemal ehrlicher, zu sagen: Wir zweifeln die Klimastudien nicht nur an, weil wir sie für wissenschaftlich falsch halten, sondern auch weil die Forderungen nach mehr Klimaschutz aus der falschen politischen Ecke kommen.

Genau dieses überflüssige Schubladendenken macht es den Politikern so schwer, pragmatisch zu handeln. Wer für konservative Werte steht, der darf sich beim Klimaschutz nicht zu weit vorwagen, um nicht im eigenen Lager als Ökosozialist zu gelten. Umgekehrt kann es sich jemand aus dem linken Spektrum nicht leisten, Maßnahmen zum Klimaschutz anzuzweifeln, ohne sich der Gefahr auszuliefern,

gesteinigt zu werden. Dem Klima dürfte das Parteibuch seiner Retter jedenfalls egal sein.

Mittlerweile sind sich die demokratischen Parteien in Deutschland immerhin darin einig, dass etwas gegen die Erderwärmung getan werden muss. So weit, so gut. Was derzeit aber nicht einleuchtet: dass sich substantiell noch zu wenig beim Klimaschutz bewegt. Wenn die Risiken des Treibhauseffekts so groß sind, dann müssten Regierungen, Wissenschaftler und Unternehmen eigentlich eine große Koalition der Willigen schmieden. Schließlich gilt es, Dürren, Missernten, Überschwemmungen oder Hungersnöte zu verhindern. Die klimapolitische Realität sieht allerdings anders aus: vorgebliche Einigkeit im Ziel, aber endloses Gezänk über den Weg. Jeder möchte die Welt ein wenig besser retten als der andere. Für den einen ist es fünf vor zwölf, für den anderen erst halb elf.

Ideologie alleine ist nicht an dieser unterschiedlichen Wahrnehmung schuld. Vielmehr sind es knallharte Wirtschaftsinteressen, die dahinterstecken. Die Zeiten, als Klimawandel und Klimaschutz vor allem wohlfeile Diskussionsthemen für intellektuelle Zirkel waren, sind längst vorbei. Mittlerweile steht viel mehr auf dem Spiel und Klimaschutz ist heute ein Milliardengeschäft. Nach einer Studie der Unternehmensberatung PWC vom März 2009 sind in der EU bis zu 22 Milliarden Euro Investitionen in erneuerbare Energien nötig, um das Ziel zu erreichen, bis 2020 ein Fünftel weniger CO₂ zu produzieren. Deutsche Bank Research errechnete allein für die deutsche Bauwirtschaft aufgrund von Klima- und Umweltschutzaufgaben bis 2030 ein Investitionsvolumen von bis zu 340 Milliarden Euro.

Wo auf Jahrzehnte lukrative Geschäfte winken, sind Einflussgruppen aus Politik und Wirtschaft nicht weit. Jeder will sich ein Stück vom Klimakuchen abschneiden, egal ob Parteien, Verbände oder Unternehmen. Die einen wollen Wählerstimmen ködern, manche Subventionen einsammeln, andere Umsätze mit grünen Produkten machen oder sich ein politisch korrektes Image verpassen.

Geld und Einfluss fallen in der Klimapolitik nicht vom Himmel. Nur wem es gelingt, die öffentliche Meinung und die der Entscheidungs-

träger für sich zu gewinnen, steht auf der Siegerseite. Dafür müssen die Meinungsmacher alle Register ziehen – vom Lobbyismus bis zum Green Wash. Steuern, Auflagen, Produkte, Branchen, politische Programme oder Subventionen werden einem Vollwaschgang unterzogen. Was vorher schmutzig grau und unkorrekt aussah, hat hinterher einen klimakorrekten grünen Schimmer – ohne dass sich etwas wesentlich geändert hätte. Ob Anzeigenkampagnen, Werbespots, Bürgerinitiativen, Pilotprojekte oder Ökosiegel – nur wer wahrgenommen wird, kann aus dem Klimaschutz dauerhaft Honig saugen. Der interessengefärbte Informationsüberfluss überschwemmt das Internet: Mittlerweile tummeln sich im World Wide Web mehr als vier Millionen Einträge zum Thema Klimaschutz. Wussten Sie, dass sich hinter www.klimaschuetzer.de das Deutsche Atomforum, eine Lobbyvereinigung von Kernkraftbetreibern, verbirgt?

Wo so viel Energie im Marketing verpufft, bleibt zu wenig übrig für objektive Informationen. Dabei wären gut informierte und interessierte Bürger nötig, um denen Dampf zu machen, die vor allem fruchtlose Machtspielchen betreiben. Wertvolle Zeit wird unnötig verplempert. Das ist fahrlässig angesichts neuer wissenschaftlicher Studien, die belegen, dass die Uhr des Klimawandels deutlich schneller tickt, als wir bisher angenommen haben. Was gestern noch als Königsweg galt, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels in den Griff zu kriegen, reicht bei Weitem nicht.

Natürlich bewegt sich beim Klimaschutz auch real etwas und nicht nur auf dem Papier. Vor allem der Regierungswechsel in den USA von Bush zu Obama bringt wieder Schwung in den Kampf gegen die Erderwärmung. Schon sprechen Politiker in den USA, in Europa und sogar in Südkorea von der neuen klimapolitischen Wunderwaffe, dem »Green New Deal«, der Rezession und Klimawandel gleichermaßen in den Griff bekommen soll. Staatliche Subventionen fördern grüne Technologie und schaffen damit neue Arbeitsplätze.

Das klingt verlockend, aber schon bei der Definition, welche Technik »grün« ist, scheiden sich die Geister. Ist Wärmedämmung per se schon grün oder sind es nur mineralölfreie Dämmmaterialien? Ist

effiziente Wasserversorgung eine Ökotechnologie, weil der Klimawandel ganze Landstriche verdorren lässt? Müssen Biotreibstoffe aus dem Arsenal der ökologisch korrekten Innovationen gestrichen werden, weil sie mit Lebensmitteln konkurrieren?

Wie gut, dass der Bauchladen »Klimaschutz« für jede politische Klientel eigene Antworten bereithält! So verwundert es nicht, dass sich jede Gruppierung ihr eigenes Klimaprojekt auf die Fahnen schreibt. Für die ökologisch-linken Gutmenschen sind es die Solarzellen, für die konservativen Schöpfungsbewahrer CO₂-freie Atommeiler und für die ordnungspolitischen Bedenkenräger der europäische Emissionshandel.

Natürlich könnte es wie in einer guten Pralinenmischung von jedem etwas sein, aber dann müssten wirtschaftliche und politische Interessen hintenanstehen. Dafür ist der Haufen der selbst ernannten Klimaschützer aber einfach zu bunt gemischt und zu abhängig von seinen Interessengruppen. Unter dem grünen Anstrich der öffentlichen Klimapositionen verbirgt sich noch immer die ideologische Patina. Was aus dem falschen politischen Lager kommt, kann nicht gut fürs Klima sein, weil es nicht sein darf – egal was die Fakten sagen.

»Die Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges«, soll der britische Schriftsteller Rudyard Kipling gesagt haben. Ist Krieg die richtige Umschreibung für das Tauziehen um die klimapolitische Meinungshegemonie? Wer martialische Begriffe wie »Ökofaschist«, »Klimakiller«, »Atomsekte« oder »Klimadiktatur« auf den politischen Gegner abfeuert, darf sich nicht beschweren, wenn es nach Pulverdampf riecht. Es ist ein Krieg der Worte. Schlagworte sollen Ängste schüren, das andere Lager brandmarken, ihm jeden Anspruch auf den richtigen Weg zum Klimaschutz entziehen. Es fällt den Politikern und Lobbyisten immer noch schwer, diese Jahrhundertaufgabe ideologiefrei anzugehen. Vereinfachen, verdrehen und verdrängen gehört ebenso zum klimapolitischen Handwerk wie markige Sprüche.

In dieser Situation sind pragmatische Lösungen ohne politische Scheuklappen gefragt. Die Politik muss endlich beweisen, dass sie

über eine Legislaturperiode hinausdenken kann. Ein paar Zugeständnisse hier, ein paar Hintertürchen dort sind Gift fürs Weltklima. Eine Weltgemeinschaft, die es schafft, über eine Billion Dollar für die Rettung des Finanzsystems zu mobilisieren, sollte auch in der Lage sein, die Lebensgrundlagen künftiger Generationen auf diesem Planeten zu sichern.

Grundlagen

Das Seltsamste an der Diskussion um den Klimawandel sind nicht die teilweise kruden Verschwörungstheorien. Viel bizarrer ist die öffentliche Wahrnehmung. Die Erderwärmung scheint vor etwa 20 Jahren wie ein Alien auf den Stammtischen gelandet zu sein. Vorher hat niemand darüber gesprochen. Allenfalls der saure Regen und die schlechte Wasserqualität in Ruhr, Rhein und Elbe spielten eine Rolle.

Klimaschutzkritiker sehen darin einen Beleg dafür, dass der Klimawandel eine Erfindung der modernen Umweltbewegung sei. Dabei ist der durch CO₂ verursachte Treibhauseffekt schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts bekannt. Der irische Physiker John Tyndall (1820–1893) fand heraus, dass Wasserdampf und Kohlendioxid verhindern, dass die von der Erde abgestrahlte Wärme komplett ins Weltall gelangt, und erklärte mit diesem Zusammenhang frühere Wärmephasen in der Erdgeschichte.

Bereits 1941 wies der deutsche Wissenschaftler Hermann Flohn (1912–1997) in einem Fachartikel auf den Zusammenhang zwischen Industrialisierung, Treibhauseffekt und Klimawandel hin. Damals hat dies kaum jemand wahrgenommen. In das breite öffentliche Bewusstsein gelangte der Klimawandel erst, als die UN 1998 den Weltklimarat Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) gründete. Dessen Studien über die Folgen der Erderwärmung für Mensch und Natur ließen Politiker, Unternehmen und Organisationen aufhorchen. So stellte der IPCC fest, dass in den vergangenen 100 Jahren die mittlere Temperatur auf

der Erde um durchschnittlich 0,74 Grad gestiegen ist. Bleiben die weltweiten Treibhausgasemissionen auf dem jetzigen Niveau, erhöht sich nach IPCC-Prognose die Temperatur in den kommenden 30 Jahren um weitere 0,6 Grad. Je nachdem, wie ernst es die Regierungen mit dem Klimaschutz nehmen, könnte sich die Erde bis 2100 um 1,8 bis 4,0 Grad erwärmen. Die Experten des IPCC halten lediglich einen Temperaturanstieg von 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit für noch beherrschbar. Fällt die Erderwärmung stärker aus, wären häufigere Unwetter, Missernten, Dürren sowie der Verlust ganzer Küstenregionen durch Überschwemmung zu erwarten.

Klimawächter: Die Rolle des Weltklimarats IPCC

Der durch von Menschen produziertes CO₂ verursachte Treibhauseffekt war lange Zeit umstritten. Klimastudien standen in dem Ruf, parteiisch zu sein. Es fehlte eine unabhängige Instanz, die wissenschaftliche Arbeiten und Daten über den Klimawandel sowie deren Ursachen und Folgen systematisch untersucht. Um dieses Manko zu beheben, gründeten die Weltorganisation für Meteorologie und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) 1998 das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Im IPCC sind Wissenschaftler aus aller Welt vertreten – unter anderem Ottmar Edenhofer vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Das IPCC forscht nicht selbst, sondern nutzt die Arbeit von internationalen Experten.

In Abständen von sechs bis sieben Jahren trägt das IPCC den jeweiligen wissenschaftlichen Stand der Klimaforschung zusammen und bewertet ihn. Die Erkenntnisse des ersten Berichts 1990 flossen in das Rahmenabkommen auf dem Klimagipfel in Rio 1992 ein. 1995 folgte der zweite Bericht, der dem Kyoto-Protokoll 1997 die notwendigen Argumente lieferte. Die momentan in der Diskussion stehenden Klimadaten stammen aus dem vierten IPCC-Bericht, der 2007 veröffentlicht wurde. Auf deren Grundlage könnte im Dezember 2009 in Kopenhagen ein neues Klimaabkommen unterzeichnet werden, welches das Kyoto-Protokoll ablöst. Derzeit arbeitet das IPCC am fünften Klimabericht, der 2013/14 erscheinen soll.

Plötzlich stand die Erderwärmung im Rampenlicht. Viele waren betroffen, einige zweifelten, doch nur wenige wollten handeln. Erst nach einer Vielzahl internationaler Gipfel, die ohne größere Ergebnisse blieben, unterzeichneten schließlich 39 Industrieländer 1997 das Kyoto-Protokoll. Offiziell trat es erst 2005 in Kraft, nachdem auch Russland es im Oktober 2004 ratifizierte. Die Russen erfüllten das Soll von 55 Staaten, die nötig waren, um das Protokoll wirksam werden zu lassen. Mittlerweile haben es etwa 190 Staaten unterzeichnet; Australien und die USA lehnen das Abkommen jedoch bis heute ab.

Wichtigster Bestandteil des Kyoto-Protokolls sind die verbindlich vereinbarten Klimaziele (siehe Tabelle 1.1).

Europäer vorn	
Land	Emissionsziel (in Prozent)
EU-Staaten	- 8,0
USA	- 7,0
Japan	- 6,0
Kanada	- 6,0
Gesamt	- 5,2
Russland	0,0
Australien	8,0

Quelle: Bundesumweltministerium

Tabelle 1.1: Emissionsziele für Treibhausgase laut Kyoto-Protokoll 2008 bis 2012

So sollen die CO₂-Emissionen der Industrieländer von 2008 bis 2012 um durchschnittlich 5 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken. Dabei haben die Unterzeichnerstaaten, je nach Entwicklungsstand und Industrieanteil, ganz unterschiedliche Quoten zu erfüllen. Deutschland beispielsweise muss demnach um 21 Prozent reduzieren, Großbritannien dagegen nur um 12,5 Prozent (siehe Tabelle 1.2). Damit die europäischen Staaten ihre Klimaziele erreichen können, hat die EU 2005 den

Emissionshandel für Energieversorger und Industriebetriebe gestartet. Unternehmen können demnach nur so viel CO₂ in die Atmosphäre abgeben, wie sie Emissionsrechte besitzen. Diese Zertifikate bekamen sie in der ersten Handelsperiode von 2005 bis 2007 kostenlos vom Staat zugeteilt. Inzwischen läuft die zweite Handelsperiode, die 2012 endet und in der ein Teil der Emissionsrechte kostenpflichtig ist.

Deutschland trägt Hauptlast	
Land	Emissionsziel (in Prozent)
Luxemburg	- 28,0
Deutschland	- 21,0
Dänemark	- 21,0
Österreich	- 13,0
Großbritannien	- 12,5
Belgien	- 7,5
Italien	- 6,5
Niederlande	- 6,0
Frankreich	0,0
Irland	13,0
Spanien	15,0
Griechenland	25,0
Portugal	27,0

Quelle: Bundesumweltministerium

Tabelle 1.2: Verteilung der Emissionsziele innerhalb der EU 2008 bis 2012

Wie es mit dem EU-Emissionshandel und dem internationalen Klimaschutz insgesamt von 2013 an weitergeht, entscheidet sich auf dem Weltklimagipfel im Dezember in Kopenhagen. Hier wollen die Regierungen über den Post-Kyoto-Prozess entscheiden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Finanzkrise noch Einfluss auf die Verhandlungen hat.

Im Schatten der Finanzkrise

Als der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore und der Weltklimarat IPCC im Herbst 2007 den Friedensnobelpreis erhielten, ahnten nur wenige, dass sich die US-Hypothekenkrise zur größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg auswachsen würde. Milliarden-schwere Konjunkturprogramme waren noch kein Thema. Beim Klimaschutz schien es weniger am Geld als am politischen Willen zu mangeln. So deuteten denn auch viele Beobachter die Preisvergabe an Gore und IPCC als Aufforderung an die Bush-Regierung, sich endlich im Kampf gegen die Erderwärmung zu engagieren.

Nur knapp ein Jahr später – im September 2008, nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers – hatte sich das Bild völlig gedreht. Al Gores beklemmende Klimaszenarien in dem Dokumentarfilm *Eine unbequeme Wahrheit* waren längst vom Horrorszenario einer weltweiten wirtschaftlichen Depression verdrängt. Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise 1929 wurden bemüht, selbst der Bankrott ganzer Staaten wie im Fall Island war plötzlich denkbar.

Nicht verwunderlich, dass sich Politiker, Unternehmen und Organisationen auf die Rettung des Weltfinanzsystems stürzten. Die Finanzbranche hatte längst die Kontrolle über das Geschehen verloren und wie Dominosteine drohten Banken und Versicherungen umzufallen. Millionen von Sparern fürchteten um ihre Einlagen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sah sich sogar genötigt, Staatsgarantien für Sparguthaben abzugeben. Das Weltklima hatte in dieser Situation gefälligst zu warten.

Wirklich dauerhaft verdrängen ließ sich die Erderwärmung allerdings nicht. Denn schon im November 2008 standen der UN-Klimagipfel in Posen sowie der EU-Klimagipfel in Brüssel auf der politischen Tagesordnung. Der UN-Gipfel endete ohne konkrete Ergebnisse. Insbesondere die Schwellen- und Entwicklungsländer waren enttäuscht, wurde doch der Anpassungsfonds, der es ihnen ermöglichen sollte, ihre ineffiziente Energieversorgung zu modernisieren oder ein funktionierendes Wasserversorgungssystem aufzu-

bauen, nicht aufgestockt. Die Mittel für den Fonds sollten aus einem noch einzurichtenden weltweiten Emissionsrechtehandel stammen. Als Startkapital wollten die Industrieländer 50 Millionen Dollar beisteuern.

Auch in Brüssel ging es kaum voran. Bundeskanzlerin Angela Merkel setzte durch, dass energieintensive Branchen wie die Stahl-, die Glas- und die Baustoffindustrie weiterhin ihre Emissionsrechte kostenlos erhalten. Die osteuropäischen Staaten erreichten, dass Erlöse aus der Versteigerung der Verschmutzungsrechte in einen Fonds fließen, um ihnen bis 2013 kostenlose Emissionsrechte zu sichern. Europa wandelte sich vom Schrittmacher des Klimaschutzes zum Bremser. Plötzlich richteten sich die Blicke der Klimaschützer hilfeschend auf Amerika, wo ein neuer Präsident frischen politischen Wind versprach. Zumindest aber haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU nicht dazu hinreißen lassen, wegen der Finanzkrise den Klimaschutz aufs Abstellgleis zu schieben. Außerdem: Ein Stillstand beim Klimaschutz hätte die Europäer im Vorfeld des Gipfels in Kopenhagen bis auf die Knochen blamiert. Stattdessen haben sie ihn industriekonform aufgeweicht. Zu groß war die Angst, mit allzu kostspieligen Restriktionen die von der Finanzkrise gebeutelten Unternehmen in Existenznöte zu bringen.

Mit dem weich gespülten Kompromiss schlugen die Regierungen zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie konnten den Wählern zu Hause verkünden, dass sie Arbeitsplätze retten, ohne dabei das Weltklima zu vernachlässigen. Dennoch blieb ein fader Nachgeschmack. Sicher ist die Finanzkrise einmalig für die Nachkriegsgeschichte, aber könnte das Aufweichen der Klimapolitik in Posen zum Wiederholungsfall werden? Würden die Regierungen den Klimaschutz immer dann hintenanstellen, wenn in die eigene Kasse gerade für andere Probleme gegriffen werden muss?

Dieser Mechanismus ist vom Abbau des Staatsdefizits hinlänglich bekannt. Immer wieder gibt es Pläne der Bundesregierung, die Neuverschuldung auf null herunterzufahren – ohne großen Erfolg. Sicher waren Wiedervereinigung und Finanzkrise nicht vorhersehbar,

jedoch mangelte es in wirtschaftlich guten Jahren auch am ernsthaften Bemühen, die Staatsausgaben zu senken und die Bürger spürbar zu entlasten. Insbesondere vor Wahlen ließ der Spareifer zu wünschen übrig. Auch vor der Bundestagswahl 2009 war trotz hoher Neuverschuldung plötzlich wieder von Steuergeschenken die Rede.

Trotz Finanzkrise nichts für den Klimaschutz zu tun wäre aber auf lange Sicht kostspieliger als die Rettung notleidender Banken und Automobilhersteller, darin sind sich die Experten einig. So weist das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) darauf hin, dass jedes ungenützte Jahr langfristig mehrere Billionen Euro Kosten nach sich zieht. Nach einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey und des WWF ließe sich der Wechsel zu einer klimafreundlichen Weltwirtschaft zum jetzigen Zeitpunkt noch mit einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Jahr finanzieren. Ungebremstes Wachstum auf Kosten des Klimas ließe hingegen die Kosten auf 4 bis 20 Prozent des BIPs hochschnellen.

Aus Sicht der Politiker ist es verständlich, dass sie zunächst auf die kurzfristig bedrohlichere Finanzkrise reagieren. Rezession und Massenarbeitslosigkeit brennen den Menschen stärker auf den Nägeln als die Klimaperspektiven in einigen Jahrzehnten. Eine Regierung, die sich dem Verdacht aussetzt, nicht alles getan zu haben, um eine tiefe und lang anhaltende Rezession abzuwenden, würde kaum die nächsten Wahlen überstehen. Entsprechend großzügig statteten die Länder ihre Konjunkturprogramme aus.

»Nötigen Atem mitbringen«

Claudia Kemfert, Klima- und Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW), über die Folgen der Finanzkrise für den Klimaschutz und notwendige Staatseingriffe

Frau Professor Kemfert, wird der Klimaschutz im Schatten der Wirtschaftskrise verschwinden?

Nein, ich denke nicht, im Gegenteil. Die Staatengemeinschaft ist entschlossen, globalen Klimaschutz verbindlich festzulegen. Selbst die Unternehmen treten sehr stark für verlässliche Rahmenbe-

dingungen ein und fordern zu Recht rasch langfristige Klimaziele. Denn die Unternehmen benötigen Planungssicherheit, damit sich die Investitionen in Klimaschutztechnik auch rechnen. Klimaschutz ist der Weg aus der Krise, insbesondere die Investitionen in Energieeffizienz und innovative Techniken im Bereich Energie und Mobilität zahlen sich aus.

Wie soll der Staat beim Klimaschutz eingreifen?

Die Verbesserung der Energieeffizienz ist volkswirtschaftlich die preiswerteste und effizienteste Möglichkeit des Klimaschutzes. Insbesondere sollten Gebäude besser gedämmt und in jeglichen Bereichen alles getan werden, um Energie einzusparen. Weiterhin müssen wir die Märkte regulieren und den Emissionshandel konsequent umsetzen. Die Politik sollte außerdem grüne Märkte unterstützen, für Energiesicherheit sorgen, die Netz-Infrastrukturen ausbauen und Forschung und Entwicklung stärken. Sonst droht uns schon bald eine Energiekrise und das müssen wir vermeiden.

Noch sind die erneuerbaren Energien zum Großteil nicht wettbewerbsfähig.

Aber das werden sie bald sein und manche sind es auch heute schon. Wir müssen sie aber weiter unterstützen, damit der Markt nicht zusammenbricht und wir Arbeitsplätze in Deutschland verlieren. Wir haben die Atomindustrie mit 40 Milliarden Euro subventioniert, die Kohle mit 180 Milliarden Euro, dann können wir auch den nötigen Atem mitbringen, um die Solarenergie mit der nötigen Unterstützung so weit zu bringen, dass sie sich auch rechnet. Wenn wir das Problem gelöst haben, Wind- und Solarstrom effizient zu speichern, dann ließe sich grüner Strom rund um die Uhr nutzen.

Das ist sehr löblich, dass wir in Europa Energie sparen, Treibhausgase reduzieren und grünen Strom nutzen. Werden die Schwellenländer dies nicht ausnutzen, um noch mehr billigere Kohle zu verfeuern?

Sicherlich benötigen wir globale Klimaschutzabkommen. Und man darf auch nicht verkennen, dass insbesondere China und die USA gezielt auf Klimaschutzmärkte setzen. China hat sich verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien gesetzt und die USA investieren 150 Milliarden Dollar in den Ausbau erneuerbarer Energien. Denn neben dem Klimaschutz ist vor allem die nachhaltige Energie-

versorgung elementar. Fossile Energien werden knapper und teurer. Der Einsatz von heimischen Energieträgern und die Verbesserung der Energieeffizienz verbessern nicht nur Marktpotenziale, sondern machen weniger stark abhängig von Energieimporten und von Angebots- und Preisschocks. Jede Volkswirtschaft ist gut beraten, diese Risiken zu minimieren.

Green New Deal

Muss der Klimaschutz wegen der Rezession nun jahrelang ein Schattendasein führen? Nicht zwangsläufig. So hat sich der neue US-Präsident Barack Obama vor seiner Wahl für einen »Green New Deal« ausgesprochen. Die Wortschöpfung erinnert an den »New Deal« des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt, der mit Wirtschafts- und Sozialreformen sowie staatlichen Eingriffen und Investitionen erfolgreich die Depression der 30er-Jahre in den USA bekämpft hatte.

Mit einem grünen Investitionsprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien könnte Ähnliches gelingen, meint das Center of American Progress (CAP). Nach einer CAP-Studie entstünden mit einem 100 Milliarden schweren Green New Deal zwei Millionen Arbeitsplätze – vorausgesetzt, der Betrag wird innerhalb eines Jahres investiert. Würde der gleiche Betrag in den Konsum der amerikanischen Haushalte fließen, bliebe es unter dem Strich bei nur 1,7 Millionen neuer Arbeitsplätze.

Auch Obama warb mit dem Stichwort »green jobs« um sein Klimapakete. Im Wahlkampf kündigte er an, in den kommenden zehn Jahren 150 Milliarden Dollar für erneuerbare Energien auszugeben. Bis 2025 sollte ein Viertel der Energie in den USA aus erneuerbaren Quellen stammen. Nun, da Obama US-Präsident ist, macht der Green New Deal laut einer Studie von Ottmar Edenhofer und Nicolas Stern nur etwa 11,5 Prozent des eine Billion Dollar schweren Konjunkturpakets aus.

Das tut der Popularität des »Green New Deal« aber keinen Abbruch. In Deutschland machten sich bisher vor allem SPD und Grüne für das ähnlich konzipierte Klimaschutzpaket stark. Sie beanspruchen zumindest die Miturheberschaft für die neudeutsch ebenfalls »Green New Deal« genannten Maßnahmen. Besonders die Grünen versprechen sich von dem Konzept wahre Jobwunder und stellten in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2009 eine Million neue Arbeitsplätze bis 2013 in Aussicht. Bei näherem Hinsehen schrumpft die Zahl der grünen Jobs auf 400.000. Der Rest sollte unter anderem im Bildungs- und Gesundheitssektor entstehen.

Von einer grünen Quote von 40 Prozent ist das Konjunkturprogramm der Großen Koalition für die Jahre 2009 und 2010 weit entfernt (siehe Tabelle 1.3). Der Anteil liegt mit 13,2 Prozent kaum höher als in den USA. Größter Brocken im 13,8-Milliarden-Euro-Klimapakete sind 10,8 Milliarden Euro für energiesparende Gebäudesanierung. Darunter fallen Maßnahmen wie Wärmedämmung von Dächern und Außenwänden, Einbau von besser isolierenden Fenstern sowie die Installation effizienterer Heizungen. Das Klimapakete plus verschärfte Energiesparvorschriften sollen laut des damaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel bis 2020 etwa 500.000 neue Jobs schaffen. Allerdings lassen sich die Zahlen aus den USA und Deutschland nicht eins zu eins vergleichen, denn die Ausgaben für den Green New Deal in Amerika sind für die kommenden zehn Jahre vorgesehen, während die Mittel in Deutschland bereits in den Jahren 2009 und 2010 ausgegeben werden. Was die Bundesregierung danach in den Klimaschutz investieren wird, steht derzeit noch nicht fest. Sie wird in Zukunft aber deutlich mehr ausgeben müssen, wenn man sie an ihren Forderungen misst. So rief Bundesumweltminister Gabriel die G20-Staaten auf, ein Viertel ihrer Krisenpakete für den Klimaschutz vorzusehen. Davon ist Deutschland noch ein ganzes Stück entfernt.

Inzwischen haben eine ganze Reihe weiterer Staaten die Idee des »Green New Deal« aufgegriffen. Dazu gehört beispielsweise auch Südkorea, das im Januar 2009 umgerechnet etwa 28 Milliarden Euro für ein Konjunkturpaket, verteilt auf vier Jahre, bereitstellte. 80

Prozent davon entfallen offiziell auf ökologische Maßnahmen. Dazu zählen Investitionen in erneuerbare Energien, neue Waldflächen und Wärmedämmung, aber auch umstrittene Wasserbauprojekte.

Green New Deal				
Land	Gesamt (in Mrd. Dollar)	Grüner Anteil (in Mrd. Dollar)	Grüner Anteil (in Pro- zent)	Zeitraum
Australien	26,7	2,5	9,3	2009–2012
China	586,1	200,8	34,2	2009–2010
Deutsch- land	104,8	13,8	13,2	2009–2010
Frankreich	33,7	7,1	21,2	2009–2010
Großbri- tannien	30,4	2,1	6,9	2009–2012
Japan	485,9	12,4	2,6	von 2009 an
Kanada	31,8	2,6	8,3	2009–2013
Südkorea	38,1	30,7	80,5	2009–2012
USA	972,0	112,2	11,5	2009–2018

Quelle: G20-Report Edenhofer/Stern 2009

Tabelle 1.3: Konjunkturpakete mit grünem Anteil

Mittlerweile wird das Etikett »grün« sehr inflationär für Teile der Konjunkturpakete verwendet. Es entsteht ein regelrechter Wettbewerb darum, wer es schafft, möglichst vielen staatlichen Investitionen einen grünen Anstrich zu verpassen. Häufig lassen sich grüne von konventionellen Maßnahmen kaum unterscheiden. Darunter fallen beispielsweise auch der Ausbau und die Modernisierung des Stromnetzes. Engmaschige Netze sind erforderlich, um die Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien besser einzubinden. Allerdings sind Investitionen ins Stromnetz ohnehin in vielen Staaten

einschließlich Deutschland längst überfällig – auch ohne Solarzellen und Windräder. Ein weiteres Beispiel: Deutschland wird vorgehalten, dass selbst China deutlich mehr Geld aus seinem Konjunkturpaket für den Klimaschutz bereitstellt. Nach der Studie von Stern/Edenhofer geben die Chinesen 34,2 Prozent oder etwa 200 Milliarden Dollar für ökologische Zwecke aus. Allerdings hat die hohe Quote einen Haken: Etwa die Hälfte davon stammt aus Mitteln zum Ausbau des Schienennetzes.

Klimapolitisch sind Investitionen in die Schiene sicher effektiv, wenn die neuen Gleise denn statt und nicht zusätzlich zu neuen Straßen entstehen. Zweifelhaft ist aber, ob das Infrastrukturprogramm eines Schwellenlandes mit einem hohen Nachholbedarf bei Verkehrswegen komplett einem »Green New Deal« zuzurechnen ist. Das erinnert doch eher an die konventionellen Maßnahmen eines Franklin Roosevelts. Zudem hat China in dem Konjunkturprogramm kein Geld für erneuerbare Energien oder für Energieeffizienz vorgesehen.

Die Grenze zwischen allgemeiner wirtschaftlicher Belebung und Klimaschutz verwischt. Wer wie viel gegen die Erderwärmung tut, lässt sich nicht allein an den Konjunkturprogrammen ablesen. Das Motiv der Regierungen ist klar: Wer nach außen hin viel für den Klimaschutz leistet, kann anderen leichter Versäumnisse vorhalten oder sich selbst vor den Forderungen anderer schützen. Dass mehr getan werden muss, ist unstrittig, wie die neuesten Untersuchungen zum Fortschreiten des Klimawandels bestätigen.

Die Klima-Uhr tickt schneller

Politiker, Wissenschaftler und Unternehmer lieben lineare Trends, weil sie sich bequem in die Zukunft fortsetzen lassen. Das funktioniert wunderbar bei der Leistungsfähigkeit von Computern: Nach dem Moore'schen Gesetz verdoppelt sich etwa alle 18 Monate die Zahl der Schaltkreise auf einem Chip. Dies macht sie mit jeder neuen Chipgeneration leistungsfähiger. So lässt sich relativ präzise vor-

hersagen, wann die modernsten Rechner wieder eine neue Schallmauer bei der Zahl der Rechenschritte pro Sekunde durchbrechen werden.

Was den Entscheidungsträgern zu schaffen macht, sind Entwicklungen wie der Klimawandel, die sich einfachen Prognosen entziehen. Da sich der Klimawandel regional, saisonal und in größeren Zeiträumen auf der Erde sehr unterschiedlich auswirkt, lassen sich nicht einfach Linien in die Zukunft ziehen. Es ist nicht klar, wie viel Zeit den Regierungen bleibt, die Klima-Uhr langsamer laufen zu lassen oder sie anzuhalten, und wann der Zeitpunkt gekommen ist, an dem Schutzmaßnahmen kaum noch eine Wirkung haben.

Dass die Klimawelt keinesfalls linear ist, genauso wenig wie die Erde eine Scheibe, zeigte nicht zuletzt die Finanzkrise. Zyniker könnten anmerken, die Weltwirtschaftskrise habe auch etwas Gutes, denn in der Rezession werde weniger CO_2 in die Luft gepustet, was schließlich dem Klima nutze. Tatsächlich hat sich das Wirtschaftswachstum 2008 weltweit von 3,2 auf 2,5 Prozent abgeschwächt. In Deutschland schrumpfte die Wachstumsrate sogar von 2,6 auf 1,0 Prozent. Dennoch stellten Forscher des Global Carbon Project (GCP) fest, dass auch 2008 der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre überdurchschnittlich stark gewachsen ist. Die Wissenschaftler führen dies auf die nachlassende Fähigkeit der Weltmeere zurück, Kohlendioxid zu binden. Die Ozeane gelten neben den Regenwäldern als sogenannte CO_2 -Senken, das heißt, sie nehmen mehr vom schädlichen Treibhausgas auf, als sie abgeben. Der Grund dafür sind Meeresströmungen, die CO_2 -haltiges Oberflächenwasser in tiefere Meeresregionen leiten. Bisher konnten die Ozeane etwa die Hälfte der durch den Menschen verursachten Treibhausgase aufnehmen. Nach Ansicht der GCP-Forscher ist der CO_2 -Speicher der Weltmeere inzwischen allerdings an einem kritischen Punkt angelangt.

Auch den Regenwäldern könnte bald die Fähigkeit abhanden kommen, CO_2 über Photosynthese aus der Atmosphäre zu filtern. Die UN warnte im April 2009, dass bei einem weiteren Anstieg der

Durchschnittstemperatur um 2 Grad die Regenwälder sich von einer CO₂-Senke zu einer CO₂-Quelle wandeln könnten. Schon jetzt zeigten sich als Folge der Erderwärmung, so der UN-Bericht, erste Schäden in den tropischen Regenwäldern. Die Fähigkeit, sich zu regenerieren, lasse nach. Klimaforscher Christopher Field, Mitglied des Weltklimarates IPCC, befürchtet aufgrund nachlassender Niederschläge vermehrt Waldbrände in den Regenwäldern. Der in den Pflanzen gespeicherte Kohlenstoff würde als zusätzliche CO₂-Emission den Klimawandel beschleunigen.

Selbst wenn es den Staaten gelänge, die CO₂-Emissionen konstant zu halten oder leicht zu senken, wäre demnach mit einem steigenden CO₂-Gehalt in der Atmosphäre zu rechnen. So haben die britischen Wissenschaftler Peter Cox und Chris Jones 2008 festgestellt, dass während der kühlen Klimaphase von 1500 bis 1750 bei steigenden Temperaturen die CO₂-Konzentration zunahm – und das ohne rauchende Industrieschlote. Der Klimawandel verstärkt sich quasi von selbst, ohne dass die Folgen klar abschätzbar wären. Von Linearität also keine Spur.

Verschärftes Tempo

Bestätigen sich die Erkenntnisse von Cox und Jones, dann fährt der Klimazug nicht mit konstanter Geschwindigkeit auf einer geraden Strecke, sondern rollt mit wachsendem Tempo einen Abhang hinunter. Die Fakten sprechen dafür: Im Februar 2009 meldete Christopher Field, dass die Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre von 2000 bis 2007 schneller zugenommen habe als bisher angenommen. So sei der CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre um durchschnittlich 3,5 Prozent pro Jahr gestiegen, dreimal stärker als im Zeitraum 1990 bis 1999. Field macht dafür unter anderem den wachsenden Energiehunger Indiens und Chinas verantwortlich, die hauptsächlich Steinkohle verfeuern. Laut Internationaler Energieagentur IEA stiegen die CO₂-Emissionen chinesischer Kraftwerke in den Jahren 2007 und 2008 stärker an als in der Prognose

für alle 30 OECD-Staaten im Zeitraum 2006 bis 2030 zusammen. Zu den OECD-Mitgliedern zählen unter anderem USA, Japan und Deutschland.

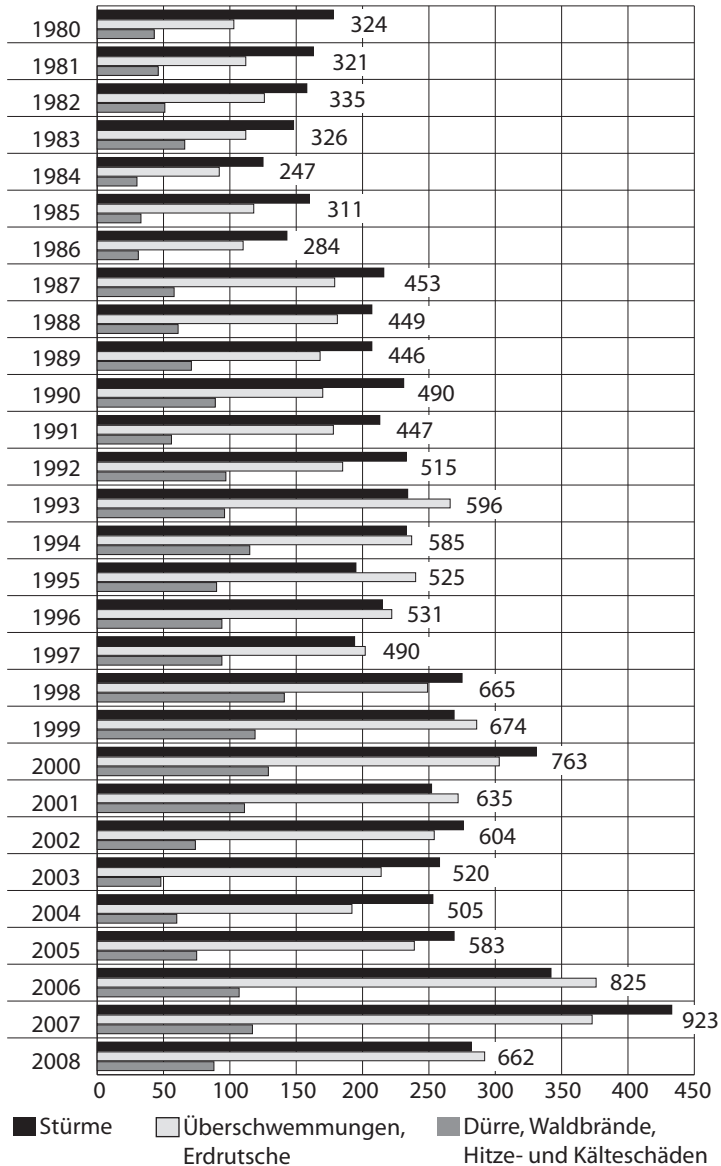
Die rauchenden Kraftwerksschloten bleiben nicht ohne Folgen: Der Deutsche Wetterdienst (DWD) errechnete, dass die sechs wärmsten Jahre seit 1890 in den Zeitraum 1999 bis 2008 fallen. Ob dies schon Indiz für einen sich beschleunigenden Klimawandel ist, wie der DWD es darstellt, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall ist es ein beunruhigendes Zeichen. Eine schnelle Entlastung ist nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil. Chinas Industrie und Haushalte werden nach einer Prognose des Deutschen Instituts für Weltwirtschaft 2020 statt wie derzeit 2,2 Milliarden Tonnen Steinkohle dann 4,0 Milliarden Tonnen verbrauchen. Indien wird dreimal so viel Kohle verfeuern wie 2005.

Der rasant steigende Kohleverbrauch in den beiden bevölkerungsreichsten Staaten bedeutet nichts Gutes für das Weltklima. Beim Verbrennen einer Tonne Steinkohle entstehen 2,7 Tonnen CO₂, bei Braunkohle sogar 3,3 Tonnen. Bei der vergleichbaren Menge Erdgas fallen dagegen nur 1,5 Tonnen an. Die Unterschiede sind für das Weltklima nicht unerheblich, schließlich machen die energieabhängigen Abgase etwa zwei Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen aus.

Die Quittung

Die Folgen des wachsenden Energiehungers und der damit steigenden CO₂-Emissionen wären – wenn die Regierungen nicht gegensteuern – vor allem für die Entwicklungs- und Schwellenländer verheerend. Schon jetzt hat der Klimawandel dort dramatische wirtschaftliche Auswirkungen. Beispiel Bangladesch: Der steigende Meeresspiegel drückt Salzwasser in die Reisfelder und macht sie unfruchtbar, die Einheimischen verlieren so ihre Lebensgrundlage. Beispiel China: Peking hat seit Jahren Probleme mit Sandstürmen, die den Verkehr und das tägliche Leben in der chinesischen Hauptstadt erheblich behindern.

Das Klima schlägt zurück: Naturkatastrophen häufen sich



Quelle: Münchner Rück (Topics Geo 2008)

Abbildung 1.1: Anzahl der Naturkatastrophen 1980 bis 2008

Auch in Europa zeigen sich bereits erste Folgen des Klimawandels. Spanien leidet seit 2005 unter extremer Trockenheit. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen hat es dort nicht mehr so wenig geregnet. Barcelona, die zweitgrößte Stadt des Landes, musste zeitweise per Schiff mit Trinkwasser versorgt werden, weil die Wasserspeicher nach Ende des Winters oft nur zu einem Fünftel gefüllt waren. Landwirtschaft und Tourismus müssen ihren Wasserverbrauch einschränken.

Die Perspektiven sind nicht gerade rosig. So rechnet die Universität Washington wegen der zunehmenden Trockenheit in den kommenden Jahrzehnten mit einer sich verschärfenden Lebensmittelknappheit in den tropischen und subtropischen Regionen. Die Reis- und Maisernte könnte bis zum Jahr 2100 um 40 Prozent zurückgehen. Rückversicherungen wie die Münchner Rück und die Swiss Re warnen vor einer Zunahme extremer Wetterereignisse wie Wirbelstürme und Überschwemmungen. Insbesondere die Tropen und Subtropen sind bedroht. Im Mai 2008 fegte ein Zyklon über das südliche Myanmar und hinterließ eine Spur der Verwüstung. Dabei starben vermutlich 130.000 Menschen und eine Million wurde obdachlos. Der Schaden belief sich auf 4 Milliarden Dollar. Auch in den Wohlstandsregionen des Nordens sind die dramatischen Folgen des Klimawandels zu spüren: Im gleichen Jahr verursachte Hurrikan Ike in den US-Staaten Texas und Louisiana Schäden von 30 Milliarden Dollar.

Grund für die verschärften Wetterbedingungen ist der Temperaturanstieg infolge des Klimawandels. Laut Statistik der World Meteorological Organization (WMO) fielen die zehn wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen auf die vergangenen zwölf Jahre. Bei steigenden Temperaturen verdunstet mehr Wasser aus den Ozeanen und gleichzeitig kann die Atmosphäre mehr Wasserdampf und damit Energie aufnehmen. Die Folge sind häufiger auftretende extreme Niederschläge und Unwetter.